Calwer Tagblatt

Nr. 168. | Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. | 94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch den 23. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 3.30 vierteljährlich. Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsverkehr Mk. 3.50, im Fernverkehr Mk. 3.60, Bestellgeld 30 Pfg.

Die zweite Lesung der Reichsverfassung beendet.

* Bei der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs in der Nationalversammlung wurde gestern über die territoriale Gliederung des Reichs beraten. Ein Antrag der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokratie wünscht, daß Gebietsänderungen und Neubildungen von Ländern innerhalb des Reichs der Zustimmung der beteiligten Länder und der Bestätigung durch Reichsgesetz bedürfen. Stimmen die Länder nicht zu, so kann die Neubildung durch Reichsgesetz (Ausschußbeschluß: „Verfassungsänderungen durch Reichsgesetz") erfolgen, wenn die überwiegenden allgemeinen Interessen der Bevölkerung dies erheischen. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutretenden Gebietes es verlangt (Ausschuß: „Wenn ein Viertel der Wahlberechtigten oder die politischen oder kommunalen Vertretungen eines Viertels der beteiligten Bevölkerung es verlangt"). Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens 3 Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtretung von Bezirksteilen ist der Volkswille des ganzen Bezirkes festzustellen. Ein Streit über die Vermögensauseinandersetzung wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden. Der Antrag wurde angenommen. Die betreffende Bestimmung soll dazu dienen, die Abtrennungsbestrebungen im Westen und Osten zu erschweren. Das wird aber die Verfassung nicht hindern können, solange uns die Macht fehlt, Machenschaften wie die der Franzosen in den Rheinlanden und der Polen im Osten entgegenzutreten. Daß sich auch im sozialistischen Lager die Erkenntnis durchdringt, daß uns von seiten der Franzosen die schwerste Gefahr gegen unser Volkstum droht, das geht aus der Erklärung des Mehrheitssozialisten Sollmann hervor, es müßten sich alle Vertreter der Rheinlande in der Nationalversammlung in der Auffassung einig sein, daß jetzt irgend welche Loslösungsbestrebungen im Rheinland nicht vorgenommen werden dürfen, daß es vielmehr für alle Parteien ohne Ausnahme gelte, eine Einheitsfront gegen die Franzosen herzustellen. Das Zentrum trat natürlich für eine rheinische Republik ein, um die Loslösung vom protestantischen Preußen zu erlangen, und so ein weiteres Herrschaftsgebiet (wie früher Bayern) zu erhalten. Der hessische Justizminister trat gleichzeitig für eine großhessische Republik ein mit dem Anschluß preußischer Teile des Rheinlands. Eine Ausnahmebestimmung, wie sie in einem demokratischen Staat nicht vorkommen sollte, wurde infolge schlechter Besetzung des Hauses auch in die Verfassung aufgenommen. Der Ausschußantrag, daß in den nächsten 15 Jahren Angehörige der Familien von Landesherren, die 1918 in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden dürfen, wurde durch einen Antrag der Unabhängigen, daß die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland regiert haben, überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden dürfen, verschärft. Dieser Antrag ging dann auch wegen der geringen Besetzung des Hauses auf seiten der bürgerlichen Parteien, die aus demokratischen Gesichtspunkten heraus diesen parteipolitischen Standpunkt bekämpften, durch. Es ist aber anzunehmen, daß der Ausschußantrag in dritter Lesung angenommen wird.

Zur äußeren Lage.

Die „Schwäbische Tagwacht" zum „Weltdemonstrationstag."

* Ueber den verkrachten Weltdemonstrationstag schreibt die „Schwäb. Tagwacht": „Der seit Wochen angekündigte Weltprotest gegen den Ententeimperialismus hat sich zu einer Weltblamage gestaltet. Zwar liegen genauere Berichte aus dem Auslande noch nicht vor, aber mit Sicherheit kann gesagt werden, daß es zu einer einheitlichen und eindrucksvollen Protestaktion in keinem einzigen der Ententeländer gekommen ist. Nicht einmal in Italien, von wo die Anregung zu der internationalen Protestkundgebung ausging, ist es der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften gelungen, die völlige Arbeitsruhe, zu der sie die Arbeiterschaft aufgefordert hatten, durchzusetzen. Die Arbeiterschaft Englands hatte es von vornherein abgelehnt, in den Streik einzutreten und die französische Arbeiterschaft, die wohl am meisten Ursache gehabt hätte, die Aktion kraftvoll durchzuführen, da der französische Imperialismus offenbar die treibende Kraft bei dem Vorgehen der Entente gegenüber Sowjetrußland und Sowjetungarn ist, ist im letzten Augenblick vor den Drohungen Clemenceaus zurückgewichen und hat den auf den 21. Juli angesetzten Generalstreik „vertagt". Von den kleinen neutralen Ländern war es einzig die Schweiz gewesen, die sich der Protestaktion anzuschließen bereit war, doch dürfte es auch hier zu mehr als einzelnen lokalen Arbeitseinstellungen in Zürich, Bern und Basel kaum gekommen sein. So ist also die „große" Aktion des Proletariats der Ententeländer, die nach den Ankündigungen in der deutschen unabhängigen Presse nicht nur eine gewaltige Abrechnung mit dem brutalen Ententeimperialismus werden, sondern geradezu die Einleitung der Weltrevolution bedeuten sollte, ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Doch wir vergessen: in Deutschland ist gegen den Imperialismus der Entente durch Generalstreiks demonstriert worden ... Die internationale Aktion gegen den Ententeimperialismus ist also in der Praxis zu einer Aktion gegen das deutsche Volk geworden. Daß die Imperialisten Frankreichs und Englands über Generalstreiks, die in — Deutschland stattfinden, nicht betrübt sind, liegt auf der Hand." — Der Artikel schließt mit dem Satze: „Die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft hat sich gestern glücklicherweise gegenüber der sinnlosen Streikparole der Unabhängigen und Kommunisten immun gezeigt. Wann wird endlich auch der übrige Teil der Arbeiterschaft begreifen, daß er fortgesetzt zu Zwecken mißbraucht wird, die mit seinen wirklichen Interessen im schärfsten Gegensatz stehen?"

Um unsere Kriegsgefangenen.

(WTB.) Versailles, 22. Juli. Die deutsche Regierung hat gestern Ministerpräsident Clemenceau erneut um baldige Mitteilung betr. Zusammensetzung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Clemenceau bereits am 26. Mai d. J. versprochen habe, die Vertreter der a. und a. Mächte würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zweck einsetzen, sobald der Frieden unterzeichnet sei. Der Friede sei unterzeichnet und bereits von Deutschland ratifiziert, aber immer noch warte die deutsche Regierung vergeblich auf die Bildung der erwähnten Kommission.

Berlin, 22. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, daß, obwohl nach Artikel 214 des Verfassungsvertrages die Heimschaffung der Kriegsgefangenen nach Inkrafttreten des Vertrages mit größter Beschleunigung durchgeführt werden soll, die deutsche Kommission für diese Angelegenheit seit Wochen in Versailles warte, ohne daß die Gegenkommissionen bis jetzt überhaupt ernannt worden seien. Sie bemerkt dazu: Es ist eine unsagbar harte Probe, auf die wieder einmal unser armes Volk gestellt wird. Druckmittel hat es nicht mehr, um seinen Söhnen selbst zu helfen, nachdem alle Erinnerungen bei der Entente selbst, zuletzt bei der Erklärung den Frieden unterzeichnen zu wollen, und bei der Unterzeichnung selbst, nur taube Ohren gefunden haben. Vielleicht schlägt wenigen denkenden Neutralen und vielleicht auch denen in den bisher feindlichen Ländern, die das Gefühl für eine Kulturgemeinschaft aller Menschen noch nicht verloren haben, das Gewissen, daß sie zwischen Siegesfesten und Revuen an die Qualen denken, unter denen immer noch unnötig und dem Vertrage entgegen hunderttausende Unschuldige leiden müssen.

Zur Auslieferungsfrage.

Haag, 22. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Courant" meldet, er erfahre von maßgebender Seite, daß die Lage in der Kaiserfrage jetzt folgendermaßen ist: Die Alliierten sind der Ansicht, daß sie den Prozeß nicht fallen lassen können, weil er einen Bestandteil des Friedens-Vertrages bildet, den sie unterzeichnet haben und zu dessen Durchführung sie verpflichtet sind. Es ist deshalb nicht bloß darüber zu debattieren, ob es richtig oder falsch war, diese Bedingung in den Vertrag aufzunehmen. Es wird von Tag zu Tag wahrscheinlicher, daß der Prozeß nicht in London stattfinden wird, und man hofft, daß die Opposition zum großen Teile verhindert wird, sobald dieser Beschluß mitgeteilt wird. Holland wird nicht ersucht werden, den Kaiser auszuliefern, sondern die Alliierten werden die holländische Regierung um eine Uebergabe (ovargave) bitten. Sie sind der Ansicht, daß Holland dann seine Bedenken gegen die Auslieferung fallen lassen wird.

Neue französische Anschläge gegen die Rheinlande.

Frankfurt (Main), 21. Juli. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Wiesbaden gemeldet: Man rechnet hier mit einem neuen Putsch für die rheinische Republik. Seit Samstag ist der telegraphische Verkehr bis auf Handelstelegramme gesperrt. Dorten hat sich eine Leibgarde von 30 Mann geschaffen, die auf 100 Mann erhöht werden soll. Oberst Pineau hat den Wiesbadener Polizeipräsidenten ersucht, diese Leibgarde in die Schutzmannschaft einzureihen. Bisher hat sich der Polizeipräsident geweigert. Die Ein- und Ausreiseerlaubnis wird nur in außerordentlichen Fällen gegeben. Man behauptet, daß der Geh. Regierungsrat Dröge verhaftet worden sei, um Dr. Krämer Platz zu machen. Krämer sei auch derjenige gewesen, der die Franzosen auf Geh.Rat Dröge aufmerksam gemacht habe, bei dem dann die Schriftücke gefunden worden seien, auf Grund deren Dr. Springorum ins Gefängnis gebracht worden sei. Die Schrift des Dr. Krämer sei in einer Auflage von einer Million Exemplaren gedruckt worden. Man frage sich, woher die zur Herstellung dieser Schrift notwendige Summe kommt. — Wenn man danach noch fragt!

Die Franzosen können nicht genug deutsches Land abtrennen.

Bern, 23. Juli. Ein Leitartikel des „Temps" erklärt, auch die Räumung der dritten Zone von Schleswig, in der nach dem Friedensvertrag nicht mehr abgestimmt werden solle, durch die deutschen Behörden und Truppen für nötig, damit die Abstimmung in den anderen Zonen nicht mehr unter deutschem Einfluß erfolge.

Die Polen besetzen litauisches Gebiet.

Berlin, 22. Juli. Nach der „Post" haben die Polen die litauische Demarkationslinie überschritten und diejenigen Teile Litauens besetzt, deren Bevölkerung angeblich die Vereinigung mit Polen verlangt.

Die Friedensbedingungen für Deutschöstreich.

Bern, 23. Juli. Nachdem der „Temps" bereits vorgestern darauf hingewiesen hatte, daß der Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich dessen Vereinigung mit Deutschland ein für allemal zu hintertreiben bezwecke, betonen jetzt auch die übrigen Pariser Blätter, daß die Entente bemüht gewesen sei, durch die Vertragsbestimmungen Deutsch-Oesterreich in die Hand zu bekommen. Während „Gaulois" betont, daß der österreichische Staat ohne die Hilfe der Entente überhaupt keine Hoffnung habe, erklärt „Echo de Paris", Oesterreich sei einfach in die Verwaltung der Alliierten gekommen, für welche die Commission des Reparations es beherrschen werde. Dieser Ausschuß werde Oesterreich sehr große Zugeständnisse machen oder es zu Boden drücken können. Zweifellos habe man sich volle Bewegungsfreiheit vorbehalten, um Oesterreich für immer von Deutschland zu trennen.

Wien, 22. Juli. In einer gestern abgehaltenen Arbeiterversammlung sprach auch der Staatssekretär des Aeußern, Bauer, über den Friedensvertrag von St. Germain. Der Staatssekretär wandte sich gegen die territorialen Bestimmungen, die zwei Fünftel Deutsch-Oesterreichs der Fremdherrschaft preisgeben und eine nationale Unterdrückung sondergleichen bedeuten. Die von Deutsch-Oesterreich zu deckenden Kriegsschulden würden ungefähr 70 Prozent von 68 Milliarden betragen, sodaß 8000 Kronen auf jeden Kopf entfielen.

Der östreichische Staatskanzler über die Friedensbedingungen für Deutschöstreich.

Versailles, 22. Juli. Staatskanzler Renner hat gestern Nachmittag Saint Germain verlassen, um sich nach Feldkirch zu begeben. Er trifft dort mit dem Staatssekretär Bauer zusammen. Staatskanzler Renner wird Sonntag wieder in Saint Germain eintreffen. Vor seiner Abreise erklärte er einem Vertreter der Radioagentur, der Vertrag sei unannehmbar. Deutschland habe man hart behandelt, die Oesterreicher aber würden doppelt und dreifach betroffen. Deutsch-Oesterreich verliere zwei Fünftel seiner Bevölkerung und in wirtschaftlicher Beziehung acht Neuntel seiner Erwerbsquellen.

Der deutsche Geist der Tiroler.

Wien, 22. Juli. Der „Allgemeine Tiroler Anzeiger" schreibt in seinem Leitartikel, daß der Beschluß der Tiroler Landesregierung vom 3. Mai ds. Js., dem zufolge Tirol im Falle des Verlustes von Südtirol zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit keine andere Wahl mehr habe, als den Anschluß an die deutsche Republik, heute verwirklicht werde. In Südtirol würden die Deutschen den Kampf um ihr Volkstum aufnehmen. Nordtirol werde die geistige Gemeinschaft mit Südtirol aufrecht erhalten. Aber um den Brüdern im Süden wirksame Hilfe angedeihen zu lassen, sei der Anschluß an Deutschland notwendig. Bisher habe Trol auf Entgegenkommen der Entente gerechnet. Dieser Hoffnung endgültig betrogen, bleibe kein anderer Weg als der Anschluß an Deutschland, sodaß der ganze Kampf dem deutschen Südtirol die notwendige Rückendeckung verbürge.

Deutschöstreichische Arbeiter für Frankreich.

Wien, 23. Juli. Die „Politische Korrespondenz" erfährt aus St. Germain, daß bei dem Besuche Dutastas beim Staatskanzler Renner der Gedanke auftauchte, die in Deutsch-Oesterreich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung deutsch-österreichischer Arbeiter bei den Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs zu beheben, natürlich nubr freiwillig, wobei die deutsch-österreichische Regierung durch Arbeitsvermittlung der Arbeiterorganisationen die Arbeitsuchenden wirksam vertreten würde.

Frankreich und Belgien.

Amsterdam, 23. Juli. Einer Havas-Reutermeldung aus Brüssel zufolge fand zu Ehren Poincares in der belgischen Kammer eine feierliche Sitzung statt. In seiner Antwort auf die Begrüßungsrede des Kammerpräsidenten erklärte Poincare, Frankreich und Belgien,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die im Kriege vereinigt gewesen seien, würden es auch im Frieden bleiben. Frankreich bringe Belgien Bewunderung und Dankbarkeit entgegen und werde sich stets bemühen, ihm diese durch Taten zu beweisen. — Frankreich und Belgien waren schon vor dem Kriege einig und verbunden, nur haben das unsere berufenen Vertreter nicht gemerkt.

Lloyd George zur Begründung des Friedensvertrags.

London, 21. Juli. (Reuter. Unterhaus.) Bottomley brachte bei der 2. Lesung des Friedensvertrages einen Verbesserungsantrag ein, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht bestimmte bindende Verpflichtungen auferlegt, Groß-Britannien seine gesamten Geldausgaben für den Krieg zu ersetzen. In seiner Antwort verteidigte Lloyd George verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages und erklärte, Groß-Britannien hbe asich beträchtliche Kompensationen gesichert, obwohl es unmöglich gewesen sei, die gesamten Kriegskosten zurückzubekommen. Es sei nicht möglich, den Betrag für alle Entschädigungen und Wiedergutmachungen festzusetzen, da die Kosten für die Wiederherstellungsarbeiten gegenwärtig noch nicht festgestellt werden könnten. Lloyd George verteidigte ferner die territorialen Neuregelungen und die Deutschland auferlegten militärischen Bedingungen. Er betonte, daß in der ganzen Welt der Wunsch bestehe, der Dienstpflicht ein Ende zu machen und sprach die Hoffnung aus, daß Groß-Britannien Ende 1919 durch freiwillige Rekrutierung alle Streitkräfte aufgebracht haben werde, die notwendig seien, um die über die ganze Welt zerstreuten britischen Interessen zu schützen.

(WTB.) **London**, 21. Juli. (Reuter. — Unterhaus. Forts.) Lloyd George fuhr fort: Es sei unmöglich, **die Dienstpflicht aufzuheben**, bis die gegenwärtige Lage sich geklärt habe. Er hielt in jeder Beziehung an seiner früheren Erklärung über die Politik gegenüber Rußland fest und blieb dabei, daß Churchill nicht von dieser Politik abgewichen sei. Bezüglich des Gerichtsverfahrens gegen den früheren Kaiser sagte er, niemand habe vorgeschlagen, daß die für diese Massenschlächterei verantwortlichen Personen entkommen sollen (Beifall). Er fragte, welches Recht zu der Annahme bestehe, daß ein neutrales Land der Schauplatz des Prozesses sein soll. Die Neutralen seien weder auf der Friedenskonferenz gewesen, noch hätten sie am Kriege teilgenommen, und wenn die Sache ihnen überlassen worden wäre, würde für die gerichtliche Verfolgung des früheren Kaisers kein Anlaß vorliegen. Die Alliierten hätten genug Zutrauen zu Groß-Britannien, um zu wissen, daß **jede Person, die in England vor Gericht gestellt wird, gleich behandelt wird, in Uebereinstimmung mit den gerechten Traditionen der britischen Rechtsprechung, die unübertroffen** (!) **seien.** Er hege große Erwartungen zu der heilsamen Warnung, wenn zum erstenmal das Vorgehen eines Mannes, der vorsätzlich zum Zwecke persönlicher Erhöhung oder aus Ruhmsucht einen Krieg organisiert, zu einem Kapitalverbrechen gestempelt werde. Ueber die irische Frage sagte Lloyd George: Das größte Hindernis, das der Regelung entgegenstehe, sei das, daß die Nationalisten Wilsons Grundsätze nicht auf ganz Irland anwenden wollten und daß sie sich nicht damit zufrieden geben, selbst das Selbstbestimmungsrecht zu erlangen, sondern anderen dieses Selbstbestimmungsrecht nehmen wollten. Er blieb dabei, daß der Friedensvertrag gerecht sei. Er werde der Welt auf Generationen hinaus beweisen, daß man die nationalen Rechte nicht mit Füßen treten und feierliche Verträge nicht brechen dürfe (Beifall.) Er glaube, daß der Friedensvertrag wie ein Leuchtfeuer sein werde, eine Mahnung an die Völker vor den Gefahren, an dem das deutsche Kaiserreich zerschellte. Der Antrag Bottonleys wurde abgelehnt, und die Friedensvertragsvorlage wurde in zweite Lesung einstimmig angenommen.

(WTB.) **London**, 22. Juli. (Reuter. Unterhaus.) Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegen die Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung verlangt hatten, mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig angenommen.

Englische Heuchelei.

(WTB.) **Rotterdam**, 23. Juli. Laut „N. R. Courant" schreibt der Parlamentskorrespondent der „D. News", daß die vorgestrige Beratung im englischen Parlament **über den Friedensvertrag** sehr zahm gewesen sei. Die Hauptredner enthielten sich einer entschiedenen Kritik. Maclean und Clynes z. B., die im Namen der unabhängigen Liberalen bezw. der Arbeiterpartei sprachen, faßten die von ihnen angeführten Fragen mit Glacehandschuhen an. Der einzige Zweifel, den Maclean in seiner mit Lob gespickten Rede zum Ausdruck brachte, bezog sich auf den polnischen Korridor. Der Premierminister bemerkte, daß ihm diese Frage stets viel Sorge gemacht habe. „Daily News" zollt volle Anerkennung der Rede Lord Robert Cecils, der die Beratungen in die höhere Sphäre des internationalen Idealismus gehoben habe. Robert Cecil machte aus seiner Enttäuschung über verschiedene der Regelungen kein Hehl. Als Ganzes billigte er den Friedensvertrag, er hob jedoch ernstliche Bedenken gegen die Regelung betr.: 1. den **polnischen Korridor**; 2. das **Saartal**; **3. die 15jährige Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe**; **4. die Nichtfestsetzung der von Deutschland zu bezahlenden Entschädigungssumme**, die, wie Cecil sagte, wegen der ihr anhaftenden Unsicherheit eine wirtschaftliche Wolke über Deutschland und ganz Europa bilden werde. Cecil fuhr fort: Der Friedensvertrag darf nicht als Vertrag der alten Sorte angesehen werden. Für den großen Staatsmann Smuts bedeutet er nur die Liquidierung des Kriegszustandes und wir müssen vom Völkerbund erwarten, daß er die Mängel des Vertrags beseitigt. Cecil sagte über den Völkerbund, er könne nur glücken, wenn er eine neue Auffassung über die internationalen Beziehungen bringe. Die Oeffentlichkeit solle das Wesen des Völkerbunds ausmachen und die Hauptwaffe, auf die man sich verlasse, sei die öffentliche Meinung. (Die öffentliche Meinung aber wird von der Entente gemacht.) Er wisse wohl, daß die Militaristen, die offiziellen Sippen und all die alten Cliquen gegen den Bund seien. Er rechne jedoch auf die aufgeklärte Demokratie Englands, um den wichtigsten internationalen Versuch, der in unserer Zeit unternommen worden sei, zu unterstützen. Devlin forderte den Premierminister auf, die Regelung der irischen Frage in die Hand zu nehmen. Die Antwort Lloyd Georges fiel darauf kühl und trocken aus.

Aus dem englischen Unterhaus.

(WTB.) **London**, 23. Juli. (Unterhaus. — Reuter.) Churchill teilte mit, daß alle britischen Truppen, mit Ausnahme der freiwilligen Truppen und der Militärmission, falls sich keine Zwischenfälle ereignen, aus Nordrußland **zurückgezogen** werden sollen, bevor das Weiße Meer zugefroren ist. Bonar Law erklärte, der **Streik der Kohlenbergleute**, habe sich in geringem Maße auf Lancashire, Nottinghamshire und Monmouthshire ausgebreitet, wo insgesamt 38 000 Kohlenbergleute ausständig seien. Die Bergleute geben mehrere Gründe für den Streik an, darunter die Erhöhung des Kohlenpreises um 6 Schilling, die hohen Lebensmittelpreise, die Dienstpflicht und das Verbleiben der britischen Truppen in Rußland. — In Erwderung auf eine Anfrage, ob die Regierung beabsichtige, einen regelmäßigen Flugpostdienst zwischen England und Nordeuropa einzurichten, sagte der Vertreter des Luftfahrministeriums, Seely, es bestehe nicht die Absicht, zwischen der Ostküste und Nordeuropa einen staatlichen Flugdienst einzurichten. Die Privatinitiative werde aber in jeder Weise ermutigt werden.

Das Welttrustdirektorium.

Versailles, 22. Juli. Am Donnerstag tritt in London der interalliierte Wirtschaftsrat zusammen, der über die wirtschaftliche Weltlage und über die Verpflegung der europäischen Staaten verhandeln soll. Diese Zusammenkunft ist nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Deutschland verabredet worden. Auf der Konferenz sind vertreten: England durch Sir Robert Cecil, Amerika durch Hoover und Frankreich durch den Unterstaatssekretär im Ernährungsministerium, Vilgrain, der morgen nach London abreist. — Jetzt haben wir also den Welttrust der Angelsachsen und Romanen, die nach ihrem Gutdünken die Welt politisch und wirtschaftlich beherrschen, denn der oberste Wirtschaftsrat bleibt natürlich eine dauernde Einrichtung.

Eine „Lösung" der Schantungfrage in Aussicht.

Amsterdam, 22. Juli. Laut „Allgemeen Handelsblad" meldet „Daily Telegraph" aus Paris, es bestehe die Hoffnung, daß trotz allem China den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnen wird. Japan hat sich beim Friedensschluß den Alliierten gegenüber verpflichtet, Shantung an China zurückzuerstatten, sobald die Ordnung dort wieder hergestellt ist. Die Chinesen sind über diese Aussicht erfreut und ihre Vertreter in Paris haben den Auftrag erhalten, die weiteren Besprechungen über diese Angelegenheiten in versöhnlichem Geiste zu führen. Auf jeden Fall wird jedoch Japan die wirtschaftliche Kontrolle über die Bahn in Shantung behalten und im Besitze Kiautschaus bleiben.

Aus dem feindlichen Ausland.

Wie deutsche Kriegsgefangene umkommen.

Cambrai, 23. Juli. Eine auffliegende Mine hat 12 Personen, darunter sechs deutsche Kriegsgefangene, getötet und zwei Gefangene verletzt. — Für einen Franzosen, der selbst an seinem Tode schuld ist, müssen wir 1 Million bezahlen, und für die von den Franzosen ermordeten Deutschen?

Das Fiasko des Generalstreiks in Italien.

(WTB.) **Rom**, 22. Juli. In ganz Italien herrschte am Montag vollkommene Ruhe. Die großen Städte hatten Flaggenschmuck angelegt zum Zeichen des Protestes gegen den Streikversuch. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen. In einigen wenigen Städten fanden Versammlungen statt. Das wenig zahlreiche Publikum setzte sich zum größten Teil aus Neugierigen zusammen. In Rom wurde ein Meeting abgehalten. Es hatten sich jedoch nur wenige Hundert Personen eingefunden. Turati erklärte in einer Rede, in der er auf die Haltung gewisser französischer und und italienischer Arbeiterorganisationen anspielte, daß die wahre Internationale noch nicht geschaffen sei.

Der englische Kohlenarbeiterstreik.

(WTB.) **Amsterdam**, 22. Juli. Laut „Allg. Hdlsbl." schreibt der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News", daß einflußreiche Vertreter der Bergarbeiter im englischen Unterhause der Ansicht sind, daß die Lage ernst ist. Der Konflikt mit den Kohlenbergwerkarbeitern beginnt, einen nachteiligen Einfluß auf andere Industrien auszuüben. In Leeds fangen die Maschinenfabriken an, wegen Kohlenmangels zu schließen. Dadurch werden 8000 bis 10 000 Arbeiter der Maschinenindustrie erwerbslos. Man fürchtet, daß, wenn vor Ende der Woche keine Kohlen eingeführt werden und der Kohlenstreik nicht aufhört, in Leeds 35 000 Arbeiter der Maschinenindustrie erwerbslos sind.

Rotterdam, 22. Juli. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, streiken in Derbyshire 45 000 Bergarbeiter, in York- und Nottinghamshire 10 000 und in Burnley 4000 Arbeiter.

Streik im Newyorker Hafen.

Berlin, 23. Juli. Laut „Vorwärts" berichten die „Times" über umfangreiche Streiks in den Vereinigten Staaten. In Newyork lägen 500 Dampfer still. Die Heizer und die übrigen Maschinenarbeiter fordern Lohnerhöhungen von 10 Prozent. Neben der Ausfahrt zähle man 700 weitere Schiffe, die stillliegen müßten. Die Zahl der Ausständigen steige beständig.

Amerikanische Luftschiffkunst.

Chicago, 22. Juli. (Reuter.) Das neuerbaute große lenkbare Luftschiff geriet auf einem Probeflug in Brand und fiel aus 500 Fuß Höhe auf ein Bankgebäude. Die Benzinbehälter des Luftschiffes explodierten beim Aufschlag. Von den Angestellten der Bank wurden 10 getötet und 25 verwundet.

Aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.

Amsterdam, 22. Juli. Die „Times" meldet aus Washington, daß dort am Sonntag eine Hetzjagd auf die Negerbevölkerung veranstaltet wurde. Die Ursache dafür war, daß in den letzten Monaten weiße Frauen von Negern überfallen worden waren. Mehrere hundert Soldaten und Matrosen und über 1000 Zivilpersonen unternahmen einen allgemeinen Angriff auf die Neger, die durch die Straßen gejagt, aus den Trams und Autos gerissen und entsetzlich mißhandelt wurden. Zur Unterdrückung der Unruhen mußte die Polizeireserve aufgeboten werden.

Deutschland.

Die Folgen des Kohlenmangels.

(WTB.) **Berlin**, 22. Juli. Laut „L.-A." wurden einzelne Abteilungen in der großen Aktiengesellschaft von Jul. Pintsch wegen Kohlen- und Weißblechmangels stillgelegt. Etwa 150 Beamte wurden entlassen. Die Firma zahlte den Entlassenen das Gehalt bis Ende Oktober bezw. November ohne gesetzliche Verpflichtung gestern aus. Arbeiter werden zunächst nicht beschäftigungslos. Aufträge sind genug vorhanden, können aber wegen Kohlen- und Blechmangel nicht ausgeführt werden. Bei den Firmen Borsig & Schwartzkopff sind es Arbeiterschwierigkeiten, die den Betrieb bedrohen. Die Lokomotivenerzeugung liegt ganz im argen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Kündigung aller Arbeiter kommt.

Naumann Vorsitzender der deutschen demokratischen Partei.

Berlin, 22. Juli. Der demokratische Parteitag hat den Abg. Friedrich Naumann mit 285 Stimmen zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt.

Deutschlands künftige Kohlenversorgung.

In der letzten Versammlung des Bergbaulichen Vereins in Posen am 5. Juli hat, wie bereits durch das W.T.B. gemeldet, Bergbauassessor von Löwenstein mitgeteilt, daß in dem verkleinerten Deutschland, selbst dann, wenn wir im Kohlenbergbau wieder einen Grad der Erzeugung wie im Jahre 1913 erlangt haben, für Industrie und Gewerbe jährlich nur noch 10 Millionen Tonnen Steinkohlen zur Verfügung stehen. Demgegenüber weist in der „Frankf. Ztg." ein Fachmann nach, daß dieser Pessimismus übertrieben war. Im Jahre 1913 erzeugte Deutschland im Steinkohlenbergbau 191,5 Millionen Tonnen und führte 10,38 Millioen Tonnen ein. Für alle Zwecke standen uns also 201,9 Millionen Tonnen zur Verfügung. Da wir rund 31 Millionen Tonnen ans Ausland abgeben, verbleiben 170,9 Millionen Tonnen zum Verbrauch im Lande. Die nunmehr abzutretenden Gebiete (denen Oberschlesien schon zugerechnet werden soll) erzeugten 63,09 Millionen Tonnen Steinkohle (wovon Oberschlesien allein 49,07 Millionen Tonnen). Deutschland verbrauchte im Jahre 1912 83,22 Prozent seiner Produktion selbst, die abzutretenden Gebiete haben 1913 rund 55 Millionen Tonnen verbraucht. Dem jetzigen Rumpfdeutschland standen somit 115,9 Millionen Tonnen zur Verfügung. Außer dem Produktionsausfall müssen wir der Entente noch jährlich 43,3 Millionen Tonnen Kohlen liefern, so daß für das neue Deutschland noch 82,12 Millionen Tonnen verbleiben, was eine Verminderung um rund einhalb gegen 1913 darstellt. Wenn nun alle Eisenbahnen, öffentlichen Anstalten und Haushaltungen im verkleinerten Deutschland künftig voll (also mit 63 Millionen Tonnen wie 1913) beliefert würden, so müßten sich Industrie und Gewerbe mit 19,12 Millionen Tonnen (nicht 10 Mill. T.) zufrieden geben. Dies käme einer Verbrauchseinschränkung von 64 Prozent gleich. Praktisch wird diese Einschränkung nicht in die Erscheinung treten, denn unser Eisenbahnbetrieb wird den alten Kohlenbedarf lange nicht mehr haben, auch die Gasanstalten und Hausverbraucher werden sich Einschränkungen gefallen lassen müssen.

Unsere Braunkohlenindustrie, die 1913 87,1 Million Tonnen erzeugte und die in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert werden kann, verdient jetzt ganz besondere Beachtung. Durch die Gebietsabtretungen gehen uns nur geringe Braunkohlenvorkommen verloren; große Vorräte sind noch unerschlossen und manche Gebiete noch wenig bekannt, so daß die Möglichkeit besteht, die Braunkohlenerzeugung gewaltig zu steigern und dadurch die Not, besonders in der Hausbrandversorgung zu mildern. Verbraucherverbände, größere Gemeinden und Städte müßten sich Braunkohlen sichern, sei es, daß sie bestehende Werke erweitern oder neue errichten helfen; denn nur so werden auch Steinkohlen für Verkehr, Industrie und Ausfuhr frei. Wir werden dadurch die Einfuhr amerikanischer Kohlen zwar nicht hindern, wohl aber auf ein geringes Maß herabschrauben können.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Juli 1919.

Erleichterungen für den Fremdenverkehr.

Durch eine im gestrigen „Staatsanzeiger" veröffentlichte Bekanntmachung des Ernährungsministeriums wird für die Zeit bis zum 15. September bei Gesuchen um Kuraufenthalt bis zur Dauer von drei Wochen, beim Heilbad Wildbad bis zu einer solchen von 4 Wochen, auf die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses verzichtet. Soweit es sich um einen Aufenthalt von mehr als drei Wochen oder um einen Aufenthalt nach dem 15. September handelt, ist wie bisher ein amtsärztliches Zeugnis erforderlich. Für den Kuraufenthalt in Heilbädern und Heilstätten können von den Oberämtern ärztliche Zeugnisse nach wie vor verlangt werden, wenn zu befürchten ist, daß sonst die auf diese Bäder und Heilstätten angewiesenen Kranken keinen Platz finden. Auch können die Oberämter jederzeit Krankenzeugnisse dann verlangen, wenn der Verdacht mißbräuchlichen Aufenthalts begründet ist.

Sozialisierungsfragen.

Der Unterausschuß der württ. Sozialisierungskommission, dem die Gebiete des Versicherungswesens und des Grundkreditwesens zur Bearbeitung zugewiesen sind, hat sich in der Sitzung vom 11. Juli ds. Js. mit der Frage der Zusammenfassung der Viehversicherung in eine Zentralanstalt und ferner mit der Frage der Errichtung eines

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kommunalkreditinstituts zur Deckung des Geldbedarfs der Gemeinden anläßlich der Kommunalisierung von Betrieben beschäftigt. Beschlüsse werden vorläufig nicht gefaßt, der Unterausschuß wird diese Fragen neben den zunächst anstehenden dringenderen Angelegenheiten weiter behandeln.

Vom Landtag.

(SCB.) **Stuttgart**, 22. Juli. Zu Beginn der Sitzung wurde die Abstimmung über eine Reihe von Anträgen zum Etat des Ernährungsministeriums vorgenommen. Angenommen wurden die Anträge über die Hebung der Kaltblutpferdezucht und Kopfkrankheit der Pferde, über Futter- und Streunot, über Obstversorgung, Frühdruschprämie, Ausmahlung von Getreide, über Gerste als Brotgetreide, über Entschädigung der durch Hagel betroffenen Gemeinden, schließlich in namentlicher Abstimmung Anträge über Erleichterungen in der Mühlenkontrolle und über Festsetzung landwirtschaftlicher Höchstpreise nach Anhörung von Erzeugern und Verbrauchern, wobei die S. P., Z. und D. d. P. dafür, die Sozialdemokraten dagegen stimmten. Abgelehnt wurde ein Bauernbundsantrag über die Aufhebung der Beschlagnahme und der Zwangswirtschaft der Ernte. Der sodann in Beratung genommene Kultetat rief vornehmlich die Lehrer mit mancherlei Wünschen auf den Plan. Man besprach die Erziehung der Jugend, Gehalt- und Anstellungsverhältnisse der Lehrer, Studienstiftungen, Lehrstuhl für Steuerrecht, Zulassung der Seminaristen zum Hochschulstudium, die unzulänglichen Räume der Stuttgarter Techn. Hochschule, die Haut- und Ohrenklinik in Tübingen, die Hofbibliothek usw. Kultminister Heymann sagte möglichste Berücksichtigung der Wünsche zu. Ein Zentrumsantrag auf Förderung besonders begabter Volksschüler und die Ueberweisung eines Antrags Planck (D. d. P.) über Ausbildung der weibl. Jugend an den volksw. Ausschuß wurden angenommen. Zu später Stunde wurde abgebrochen. In der Mittwochsitzung stehen das Landestheater und die Verkehrsanstalten zur Beratung.

Steuerfragen im Finanzausschuß.

SCB. **Stuttgart**, 22. Juli. Der Finanzausschuß trat gestern in die zweite Lesung der Steuervorlagen ein. Angenommen wurde ein Antrag Graf (Z.) mit 12 gegen 8 Stimmen, die Wandergewerbesteuersätze auf 200 Prozent des Tarifs festzusetzen, also dem Entwurf gegenüber zu verdoppeln. Einstimmige Annahme fand ein Antrag Graf (Z.:: das Staatsministerium zu ersuchen, die für die Festsetzung der Wandergewerbesteuer zuständigen Behörden dahin anzuweisen, daß sie bei entsprechender Leistungsfähigkeit die höheren Steuersätze annehmen. Dagegen wurde mit 7 gegen 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen ein Antrag Winker (S.) abgelehnt, wonach das Einkommen in Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehalten, Pensionen und Unterstützungen, die aus einer nichtwürttembergischen Staatskasse bezogen werden, so weit von der Einkommensteuer befreit sein sollen, als sie von der anderen Kasse zur Einkommensteuer herangezogen werden. In dem Entwurf ist vorgesehen die Grund-, Gebäude- und Kapitalsteuer von 2,1 auf 4 Prozent zu erhöhen. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Für die Gewerbesteuer sind im Entwurf ebenfalls 4 Prozent vorgesehen. Nach einem Antrag Graf (Z.) wurde jedoch einstimmig beschlossen, daß die Gewerbesteuer bei einem Steuerkapital bis zu 1000 M. 2,1 Prozent, von 1001 bis 5000 M. 2,5 Prozent, von 5000 bis 10 000 M. 3 Prozent und über 10 000 M. 4 Prozent beträgt. Nach einer Mitteilung des Finanzministers gedenkt das Reich für sich allein folgende Steuern zu beanspruchen: Zölle, Verbrauchssteuern, Vermögensabgabe und Kapitalertragssteuer. Steuern, an denen die Einzelstaaten und Gemeinden Anteil haben, sind: Erbschafts-, Einkommen-, Umsatzsteuer, Grundwechselabgabe und Stempelsteuer. Die Bundesstaaten und die Gemeinden können folgende Steuern allein für sich beanspruchen: Ertragssteuern, Gebühren- und die Vergnügungssteuer.

Mutmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Trotzdem der Hochdruck noch leicht steigt, besteht fortgesetzt starke Neigung zu Gewitterstörungen, so daß am Donnerstag und Freitag zwar in der Hauptsache trockenes, aber doch auch zu vorübergehenden Regenfällen geneigtes, mäßig warmes Wetter zu erwarten ist.

SCB. **Stuttgart**, 22. Juli. Das Städt. Gaswerk hat an die Technische Abteilung des Gemeinderats den Antrag gestellt, mit Wirkung vom 1. August ds. Js. ab bezw. mit Wirkung vom Tag der Juli-Aufnahme an, den Gaspreis allgemein um 12 Pfennig für den Kubikmeter zu erhöhen. Auch das Städt. Elektrizitätswerk beantragt mit Wirkung vom 1. August an eine Erhöhung des Preises für Licht und Kraft um 6 Pfennig für die Kilowattstunde.

(SCB.) **Pforzheim**, 22. Juli. Die 900 000 M, die der Schwindler Rombach dem Pforzheimer Bijouteriefabrikanten Roeck in Neustadt beim Platinverkauf abknöpfte, sind jetzt fast vollzählig beigebracht. Die noch fehlenden 498 000 M hatte Rombach im Schuppen seines Vaters in Bräunlingen vergraben. Er gestand dies, und das Geld wurde unversehrt gefunden. Es war noch wohlerhalten.

SCB. **Wildbad**, 22. Juli. Acht Schieber wollten über Pforzheim eine Menge Speck, Schinken, Schmalz, Schokolade usw. im Wert von 75 000 M nach Wildbad verschieben. Sie wurden aber in Pforzheim, wo ihr Benehmen auffiel, festgenommen. Die Lebensmittel sind beschlagnahmt.

SCB. **Heilbronn**, 22. Juli. Die C. H. Knorr A.G. hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1,404 926 M erzielt. Hiezu kommt noch ein Gewinnvortrag von 1 685 611 M aus dem letzten Jahr, so daß die am 24. Juli stattfindende Generalversammlung über 3 090 558 M verfügen kann. Hiervon sollen 10 % Dividende mit 750 000 M, 5 % Sonderdividende mit 375 000 M, Sonderrücklage 115 000 M, für Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke 84 989 M, für außerordentliche Abschreibungen 150 000 M, Zuweisungen an Beamte, Angestellte und Arbeiter 315 538 M verwendet und der Rest mit 1 500 000 M auf die Sonderrücklage vorgetragen werden.

(SCB.) **Heilbronn**, 22. Juli. Gestern nachmittag 2 Uhr fand vor der Kaserne des 13. Jägerbataillons, das seit seinem Einzug am 16. Juli sich der besonderen Mißgunst des aufgehetzten Volkes erfreut, eine Kundgebung statt, wobei die Menge in die Kaserne einzudringen versuchte. Die Truppe wehrte die Eindringlinge ab. Dabei kam es zu einer Schießerei, wodurch zwei Personen getötet und zwei verletzt wurden. Einer der Getöteten ist aus Böckingen und heißt Bäuerle, der andere soll aus Neckargartach sein.

SCB. **Neckarsulm**, 22. Juli. Der größte Teil der hiesigen Arbeiterschaft ist gestern früh in den Ausstand getreten. Ein großer Demonstrationszug bewegte sich um 9 Uhr vom Rathaus nach Heilbronn, um sich mit den dort Streikenden solidarisch zu erklären.

(SCB.) **Göppingen**, 22. Juli. Der Demonstrationsstreik, der für gestern angekündigt war, beschränkte sich auf die Zeitdauer von einer Stunde und trat äußerlich so gut wie gar nicht in die Erscheinung, zumal da in einzelnen Betrieben zwischen 2 und 3 Uhr eine zum Teil recht zaghafte Arbeitseinstellung erfolgte, während in den übrigen Betrieben die volle Arbeitszeit eingehalten wurde. Die Streikenden versammelten sich gegen 3 Uhr in der Turnhalle des Knabenschulgebäudes. Die Versammlung war von ungefähr 300 Mann besucht und wurde von Gottfried Kinkel mit einer Ansprache eröffnet, worauf Engelhardt (Eßlingen) das Wort zu einer längeren Rede ergriff, in der er die Bedeutung des Streiks vom politischen Standpunkt aus darlegte. Die Rede wurde ruhig angehört und fand am Schlusse lebhaften Beifall. Nach einem Schlußwort von Kinkel gingen die Versammelten nach Hause.

(SCB.) **Tübingen**, 22. Juli. In einem Krankheitsanfall hat sich ein Theologiestudent erschossen.

(SCB.) **Nürtingen**, 22. Juli. In der Nacht vom Sonntag auf Montag ist eine Frau erschossen worden. Der Ehemann ist zunächst verhaftet worden bis feststeht, ob ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Ölschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Rottenburg a. N., 21. Juli 1919. Frau Katharine Kienzle Wwe. hier, verkaufte ihr an der Sofienstraße Nr. 9 gelegenes Wohnhaus nebst Garten, an Ernst Seibt, Holzhändler von Baiersbronn-Tonbach, um M. 33 500.—. Der Abschluß erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Preßburger in Horb a. Neckar.

Lebensmittelverteilung für die Landorte.

Auf **Bezugsmarke Nr. 11** kommen pro Person zur Verteilung:

a) **Gries** 110 Gramm zu 48 Pfg. das Pfd.
b) **Graupen** 250 „ „ 44 „ „ „
c) **Teigwaren** 500 „ „ 66 „ „ „
d) **Kunsthonig** 650 „ „ 78 „ „ „ **offen, in Paketen** 80 Pfg. das Pfd.
e) **Käse 200 Gramm, Delikateßkäse zu Mk. 1.70 das Pfund, oder Weichkäse zu Mk. 1.65 das Pfd. oder Hartkäse zu Mk. 2.20 das Pfd., je nach Vorrat.**

Die Einlösungsfrist für die Bezugsmarke ist am **6. August 1919** beendet.

Kommunalverband: Oberamtmann: Gös.

Bekanntmachung.
Heimkehrende Kriegsgefangene und Internierte

wollen in ihrem eigenen Interesse folgendes beachten:

1) Die erste Dienststelle für Zurückkehrende ist das Durchgangslager (Dulag), woselbst der Zurückkehrende ärztlich untersucht wird, einen Entlassungsanzug erhält und beurlaubt wird.
Bei Antritt des Urlaubs ist persönliche Meldung beim Bezirkskommando (Zimmer 16) unter Vorlage des vom „Dulag" erhaltenen Ueberweisungs-Entlassungs-Urlaubsscheines erforderlich, damit weiteres zwecks Ausbezahlung der Gebührnisse, Fertigstellung der Militärpapiere und ordnungsmäßiger Entlassung eingeleitet werden kann.
2) Bereits Zurückgekehrte werden ersucht, sich im Laufe der nächsten Woche persönlich unter Vorlage des vom „Dulag" erhaltenen Ueberweisungs-Entlassungs-Urlaubsscheines beim Bezirkskommando (Zimmer 16) zu melden.

Das persönliche Interesse jedes Zurückgekehrten erfordert eine Beachtung des Obigen, da nur hiedurch die Möglichkeit bestehen kann, daß bis Ablauf des Urlaubs die zuständigen Gebührnisse und sonstigen Forderungen geregelt werden können.

Bezirkskommando Calw.
gez. Faber.

Oberamtsstadt Calw.

Lieferung von Fußbodenöl.

Die Stadtgemeinde benötigt **ca. 200 Ltr. Fußbodenöl.** Angebote mit Muster wollen bis längstens **Freitag, den 25. d. Mts., abends 6 Uhr** beim Stadtbauamt abgegeben werden.

Calw, den 22. Juli 1919.

Stadtbauamt: Herbolzheimer.

Renningen OA. Leonberg.

Die hiesige

Winter-Schafweide,

welche mit 400 Stück befahren werden kann, wird am **Montag, den 28. Juli 1919, vormittags 11 Uhr,** auf dem Rathaus öffentlich

verpachtet.

Gemeinderat.

Calwer Liederkranz
Heute Abend 8½ Uhr
Singstunde.
Bitte vollzählig erscheinen.
B.

Alte Gebisse

werden zu höchsten Preisen nach **auswärts**, von Damen zu kaufen **gesucht.** Kommt jede Woche nach dort. Gefl. Adressenabgabe **behufs Abholung** an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Eine gebrauchte

Büste

(Größe 46) zu kaufen gesucht.

Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Uralla

ein angenehmes, erprobtes und sicherwirkendes Mittel gegen Sommersprossen empfiehlt
J. Odermatt, Friseur,
beim Bahnhof.

Haarspangen

werden repariert bei
J. Odermatt,
Friseurgeschäft.

Verkaufe sofort mein bereits neues

Fahrrad

mit neuem Friedens-Gummi (Grätzner Rad).

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ein guterhaltenes

Fahrrad

mit Gummibereifung (Friedensware) hat billig zu verkaufen.

Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Die so beliebten

Krauß Dampf-Waschmaschinen

erhalten Sie nur im Alleinverkauf bei der Firma

Gebr. Sauer,
Maschinenbauanstalt,
Herrenberg, Tel. 51.

NB. 1 Waggon Waschmaschinen ist unterwegs und bitten wir um Vorausbestellungen.
Offerten zu Diensten.

Die Obigen.

Nähfaden, schwarz und weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberollen M. 4.40. H. Flügge, München 45/82.

Traumbuch
das große ägyptische Mk. 5.20.
Alfa Verlag München 23/60.

Zum Bügeln von Stärkwäsche,

spez. feiner Herrenwäsche

empfiehlt sich

Frau T. Grevemeyer,
Bad Liebenzell,
Villa Findeisen, 1. St.
Bahnhofstr.

Rockstoff, Hemd- u. Blusenflanell

empfehlen

Franz und Frida Mann,
Kronenstraße Nr. 106.

Ein Paar neue lange

Stiefel,

Größe 29, ein Paar neue

Schnürschuhe,

Größe 30, hat zu verkaufen, wer, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Scheiben-Schleier

(Brises-Bises).

Paul Räuchle,

vorm. J. Steudle
Calw am Markt.

Einen Einspänner Roß- oder Zweispänner Kuh-

Wagen

hat zu verkaufen
Johannes Röhm Witwe,
Deckenpfronn.

Stimmungen und Instandsetzung gebraucht. Instrumente (Flügel und Pianos)

werden in fachmännischer Ausführung preiswert besorgt.
Gefällige Anträge an
Karl Hardt, Gasth. z. Adler, **Liebenzell.**

Schöne, eichene

Baumstützen

hat zu verkaufen
Jakob Kugele, Rötenbach.

Putztücher Staubtücher Lederschwämme echte Gummisauger u. Schnuller

empfiehlt
A. Feldweg.

Guitarre

guterhalten, wird zu
kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe unter **R. B.** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine Anzahl

Kanzlei-Schachteln

für Behörden passend verkauft das Stück zu 30 Pfg. die Druckerei dieses Blattes.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Spar- und Consumverein Calw und Umgegend,
e. G. m. b. H.

Am Freitag, den 1. August 1919, abends 8 Uhr im „Badischen Hof" (kleiner Saal) hier

außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1) Erwerb eines Grundeigentums.

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Calw, den 23. Juli 1919.

Der Aufsichtsrat.
Vorsitzender: J. Schradin.

Achtung! Sicherer Verdienst!

Suche für den Bezirk Calw einen tüchtigen

Vertreter zum Vertieb eines neuen landw. Artikels.

Jeder Kleinbauer und Gartenbesitzer ist Abnehmer.

Herren, welche mindestens über 3—400 Mk. Betriebskapital verfügen mögen Angebote richten unter E K 45 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Nähmaschinen

System:
Lang-, Schwing-, Ring- und Rundschiff.

Auch in versenkbarer Ausführung mit 2 od. 4 Schubladen. Eisengestell. Möbelteile in Nußbaum, poliert oder eichen.

Nur erstkl. Fabrikate mit weitgehendster Garantie empfiehlt in reichster Auswahl

Friedrich Herzog, Maschinenhandlung und Reparaturwerkstatt.

Steingut-, Glas- und Porzellan-Waren.

Milchhafen ½ und 1 Liter.

Schmalzhafen, Einmachtöpfe, Sutterkrüge } in verschiedenen Größen.

Trinkgläser, Kaffeetassen weiß und farbig, Teller glatt und gerippt, Schüsseleinsätze weiß und bunt,

Fleischplatten, Gemüseschüsseln } in verschiedenen Größen.

Essig- und Oelkrüge in großer Auswahl bei

Gottlob Schwarz, Gechingen.

Obstmühlen und Pressen

feststehend und fahrbar in verschiedenen Größen empfiehlt

G. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte.

Rechtzeitige Lieferung kann nur bei sofortiger Bestellung erfolgen.

Ziehharmonikas

Alte können auf neue eingetauscht werden, daselbst sind noch einige gebrauchte von verschiedenen deutschen Fabrikaten, sowie Tiroler, Italiener und echte Wiener, billig zu verkaufen bei

Gebrüder Hohnloser u. Hohner, Ziehharmonikamacher aus Bozen (Tirol) Pforzheim, Bergstr. 27.

Radfahrer-Verein Altburg u. Umgebung.

Am Samstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr findet die

erste Monats-Versammlung

im Gasthaus z. „Ochsen" statt. Der Vorstand.

Anfertigen v. Herren- u. Knabenanzügen, Wenden, Aendern und Flicken, Anfertigen v. Damen- u. Mädchenkleidern bei **Sedelmeier, Schneidermeister, Lederstr. 168.**

Zur Zusammengärung

mit Johannisbeer, Heidelbeer und Stachelbeeren eignet sich vorzüglich

Rufs Kunstmostansatz

mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff.

Stellen Sie Ihr Hausgetränk nach folgendem Rezept her und Sie erhalten ein Getränk, das Sie selbst überrascht.

Zur Herstellung von 150 Liter:
25 Pfund frische Beeren
10—12 Pfund Zucker
1 Flasche Rufs Kunstmostansatz mit Heidelberzusatz und mit Süßstoff zu 100 Liter zu Mk. 17.—

= Genaue Anweisung liegt den Flaschen bei. =

Rob. Ruf, Ettlingen, Heidelbeer-Versand.

Ia. Fußbodenöl, geruchlos,
Ia. Bodenwichse
und
Metallputzmittel „Triumph"

Ia. reine verseifte Oelqualitätsware, liefert dauernd und billig

Bürkle & Klinnert, chem.-techn. Produkte, Stuttgart, Kronprinzstr. 3.

Für sofort 17—19jähriges

Mädchen

für Küche und Landwirtschaft gesucht.

Frau Gerwig, Herrenalb.

Aelteres

Mädchen,

seither als Haushälterin tätig, sucht bis Mitte August passende Stelle. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Braves, fleißiges

Mädchen

vom Lande, das waschen kann, zu kl. Familie (4 Personen) für alle Hausarbeiten gesucht. Gute Behandlung zugesichert. Dasselbe hat Gelegenheit das Kochen zu erlernen. Eintritt September. Mädchen, die auf dauernde Stelle reflektieren, wollen sich melden bei

Frau M. Saur, Karlsruhe, Rüppurerstraße 21 II.

Fleißige

Putzfrau

für einige Abendstunden sofort gesucht. Wer sagt d. Geschäftsstelle des Blattes.

Suche für sofort auf 8 Tage

Zimmer

mit 2 Betten.

Angebote unter K. B. 100 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Suche für sofort in kleinerem evang. Ort ein kleines

Landhaus

zu mieten,

würde solches eventl. auch kaufen. Offerten unter S. D. 7786 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Möbliertes

Zimmer

zu mieten gesucht.

Angebote unter F. B. 790 an die Geschäftsstelle des Bl.

Echte Bürstenwaren.

Putz- Wasch- Faß- und Pferdebürsten
Kleider-Schuh
Haar- und Zahnbürsten
Roßhaar-Kehrbesen
Roßhaar-Handfeger

sowie alle in dieses Fach einschlägige Bürsten,
und Ia. Bodenwichse
Ia. Schuhcreme

empfiehlt

August Schauselberger, im Zwinger.

Helene Knecht
Karl Werner

Lehrer

grüßen als Verlobte

Calw/Nagold, im Juli 1919.

Tanzlehr-Schule.

Zu dem Anfang August beginnenden

Tanz-Kurs

im „Badischen Hof"

können sich noch Damen und Herrn anmelden.

Tanzlehrer Giacomino, Lederstr. 176.

Nach Thüringen

zum 15. August oder später wird in guten Haushalt

Zimmermädchen

oder jüngeres Mädchen, das Lust hat, sich als solches auszubilden, gesucht. Gute Verpflegung und Behandlung. Lohn nach Uebereinkunft. Näheres durch

Frau Emma Friedrich,
zur Zeit Hotel Hirsch, Bad Teinach.

Gechingen.

Eine 37 Wochen, das 4. Kalb tragende, schwere

Schaff-Kuh

setzt dem Verkauf aus

Friedrich Maier.

Verkaufe eine 32 Wochen trächtige, junge

Schaff-Kuh.

A. Sautter, Kohlerstal.

Stammheim.

Eine schwere, trächtige

Schaff-Kuh

verkauft

Dorothea Ginader, Wtwe.

Zwei schöne, halbjährige

Zucht-Rinder

setzt dem Verkauf aus

Adolf Raich, Calw, Inselstraße.

Gute Wasch-Joppen

empfiehlt

Paul Räuchle,
vorm. J. Steudle
Calw am Markt.

Altburg.

Gebe einen rehfarbigen, hornlosen

Ziegenbock

zur Zucht geeignet, ab.

Adam Wohlgemuth.

Einen 16 Monate alten

Zuchtbock,

Schwarzwaldschlag, verkauft wegen Aufgabe der Bockhaltung

Ulrich Soulier, Simmozheim.

Verkaufe ein starkes

Läufer-Schwein.

Fr. Volz, Ober-Reichenbach.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten der Schweine, spec. Krampf und Rotlauf, zur Aufzucht und Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte

Hirsch-Universal-Komposition.

Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Die hier ersichtliche Kundenzunahme vom 1. Juli 1907/14, sowie die Erledigung von 80 % aller Bücheranlagen bezw. Umwandlungen und 95 % aller Jahresabschlüsse nach doppelter Buchführung an einem Tag sollte jeden Interessenten veranlassen, kostenlos und unverbindlich Honorartarif und notariell beglaubigte Atteste aus 12-jähriger Praxis zu verlangen.

Karl Hecht
Bücher-Revisor und kaufmännischer Sachverständiger
Stuttgart-Gablenberg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw